



## Rettet den Käfigturm

### WEIL DAS POLIT-FORUM DIE DEMOKRATIE STÄRKT.

Das Polit-Forum Käfigturm wurde seit Ende der Neunzigerjahre zu einer wichtigen Institution in Bern. Es vermittelt mit Ausstellungen, Podien und Konferenzen viel Wissenswertes über Politik, Medien und Gesellschaft. Die Macherinnen und Macher verstehen es seit jeher, die Themen attraktiv und nahe an den Bedürfnissen des Publikums zu vermitteln.

Mehr als 30'000 Personen besuchen das Politforum pro Jahr, darunter zahllose Schulklassen aus der ganzen Schweiz.

Das Polit-Forum Käfigturm hat sich einen guten Ruf als Stätte für politische Bildung erarbeitet. Wird es weggespart, verliert die Demokratie in unserem Land eine Wurzel.

### ARGUMENTE FÜR DEN ERHALT DES POLIT-FORUMS KÄFIGTURM

Die Angebote des Polit-Forums sind bei der Bevölkerung sehr beliebt. Jährlich besuchen über 30'000 Personen den Käfigturm. Der Bund fällt mit dem Sparentscheid einen gesunden Baum.

Das Polit-Forum versteht es, Politik anhand aktueller Themen auf verständliche Weise zu erklären. Mit seinen Angeboten ermuntert es viele junge Menschen, die Volksrechte wahrzunehmen und die direktdemokratische Kultur der Schweiz weiterzuleben.

Der Käfigturm ist zu einem Politzentrum im Herzen der Bundesstadt geworden. Dort werden politische Gruppierungen gebildet, Initiativen lanciert, Streitgespräche durchgeführt und Informationsveranstaltungen abgehalten. Wird das Polit-Forum weggespart, verliert die Demokratie unseres Landes eine Wurzel.

Der Sparentscheid wurde vorschnell gefällt. Andere Finanzierungsmöglichkeiten sind nicht geprüft worden. Dieses Verhalten ist verantwortungslos und ein Schlag ins Gesicht der interessierten Bevölkerung. Das Polit-Forum verdient die Chance, eine stabile Finanzierung sicherzustellen.

Das Polit-Forum ist ein Begegnungsort für politische interessierte Menschen. Dort treffen sich Jung und Alt, die einen unkomplizierten Austausch mit Politikerinnen und Politikern aus dem In- und Ausland pflegen. Das entspricht der politischen Kultur der Schweiz und fördert das Vertrauen in unser System.

Das Polit-Forum vermittelt mit seinen Ausstellungen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Geschichte auf interessante und spielerische Weise viel wertvolles Wissen. Der Forumsgedanke wird konsequent gelebt und jedes Thema kontrovers diskutiert. Mit dem Sparentscheid entsteht in die-

sem Bereich eine grosse Lücke, und es geht viel Wissen verloren.

Das Polit-Forum ist politisch neutral und steht allen Akteuren offen. Es bildet die Meinungsvielfalt in unserem Land ab und ist ein Ort der gelebten Freiheit.

Das Polit-Forum geht mit Steuergeldern sorgsam um. Die Projekte werden mit Drittmitteln finanziert. Fünf Personen, die sich 380 Stelleprozent teilen, halten die Institution sechs Tage in der Woche offen, empfangen pro Jahr mehr als 30'000 Besucherinnen und Besucher, organisieren drei bis vier Ausstellungen und führen rund 50 eigene Veranstaltungen durch. Das ist effizient eingesetztes Steuergeld mit Resultaten, die für alle sichtbar sind.

Der Spareffekt ist vergleichsweise klein, der verursachte Schaden aber umso grösser. Das Bedürfnis nach Bildung und politischen Aktivitäten in der Nähe des Bundeshauses wird mit der Schliessung des Polit-Forums nicht einfach verschwinden.

Verschiedene Studien haben aufgezeigt, dass die politische Bildung an Schweizer Schulen Mängel aufweist. Das Polit-Forum bietet in diesem Bereich auf freiwilliger Basis ausgezeichnete Angebote an. Gegen 500 Schulklassen greifen pro Jahr auf diese Möglichkeit zurück. Dieser Erfolg spricht für sich und darf nicht durch kurzfristige Sparmassnahmen zerstört werden.

Die Veranstaltungen des Polit-Forums sind fast immer restlos ausgebucht. Das Bedürfnis nach einem Ort für Politik ist gross. Es ist nicht zu verstehen, dass der Bund eine so erfolgreiche Institution zu Grabe tragen will.

Titelbild: Claude Kuhn, Bern

**UNTERSCHREIBEN SIE JETZT!**  
<http://www.rettet-den-kaefigturm.ch>

**Intervention der PdA Bern  
an der Stadtratssitzung vom 18. Februar 2016**

**EVALUATIONSBERICHT ZUR  
UMSETZUNG DES INTEGRATIONSARTIKELS  
IN DER VOLKSSCHULE**

Die öffentliche Schule hat eine zentrale Funktion zu erfüllen für die soziale Integration der Kinder aus unterschiedlichen Schichten und Kulturen und mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten. Das heutige Schulsystem macht aber immer noch, oder sogar wieder vermehrt, eine strikte Trennung in unterschiedliche Schultypen und reproduziert damit die bestehenden Verhältnisse. Statt die Klassenstrukturen in der Schule aufzuheben, verstärkt die Schule eben diese gesellschaftlichen Strukturen. Statt einer Volksschule haben wir in Wahrheit eine Selektionsschule.

Mit der Integration der Kinder aus Kleinklassen in die ordentlichen Bildungsgänge geht es nun einen Schritt in die richtige Richtung. Dies gelingt jedoch nur, wenn es ein Bewusstsein dafür gibt, dass Integration nicht ein Sparauftrag ist, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe darstellt, die Herausforderungen für alle Beteiligten mit sich bringt und die nicht an

die Lehrer und Lehrerinnen delegiert werden kann. Falls dies nicht geschieht, besteht die Gefahr, dass sich die Integration zum Boomerang entwickelt und statt eines gesellschaftlichen Fortschrittes zum Rückschritt wird. Frustrierte Lehrer und Lehrerinnen, unzufriedene Eltern und überforderte Schüler und Schülerinnen sind Gift für den Integrationsauftrag. Entsprechend benötigt die Integration genügend Ressourcen. Durch das Vorenthalten dieser Ressourcen wird die Integration sabotiert!

Mit dem nun vorliegenden Bericht kommt zum Ausdruck, was viele, die mit der Schule zu tun haben, schon wissen: Es stehen zu wenig Ressourcen zur

Verfügung! Mit diesem Bericht hat der Gemeinderat nun ganz klar den Auftrag zu reagieren. Natürlich ist der Kanton für die Vergabe der Ressourcen verantwortlich, aber der Gemeinderat muss in dem Fall für mehr Mittel kämpfen. Dieser Evaluationsbericht kann als wichtiges Instrument gegenüber dem Kanton verwendet werden und zwar nicht nur, um mehr Mittel für die Stadt Bern zu erhalten - sondern das Problem betrifft ebenso die Agglomerationsgemeinden und die anderen Städte im Kanton. Gemeinsam muss für genügend Mittel für die Bildung gekämpft werden!

18. Februar 2016, Daniel Egloff (PdA)

---

## Linke Politik statt «ROT-ROT-GRÜN»

Auszüge aus der Rede von Sahra Wagenknecht auf der XXI. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt in Berlin (Quelle: Junge Welt)

**Die Linke-Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht hielt auf der XXI. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 9. Januar 2016 eine etwa 50minütige programmatische Rede.**

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich soll zum Thema »Die Aufgaben der Linken in Deutschland und Europa« sprechen. (...) Die Aufgaben der Linken, zumindest der linken Parteien in Deutschland und Europa, bestehen natürlich darin, linke Politik zu machen (...) Sprich: Wenn man die Chance hätte, in einer der Regierungen linke Politik zu machen, dann sollte man diese Chance ergreifen. Wenn man in eine Regierung nur gehen kann um den Preis, dass man aufhört, linke Politik zu machen, dann sollte man das unterlassen. Ich finde, ziemlich viele fruchtlose Debatten über »Rot-Rot-Grün«, Zahlen- und Farbenspiele würden sich einfach erledigen, wenn man diese schlichte Regel beherzigen würde. Linke Parteien machen linke Politik, das kann in der Opposition sein, das kann im Idealfall auch in der Regierung sein, aber das Wichtige ist das, was man inhaltlich umsetzen kann, und das muss sich mit linken Maßstäben messen lassen. Sonst macht man sich unglaubwürdig und enttäuscht diejenigen, für die man ja streitet und

für die man angetreten ist. (...)

Mein Ausgangspunkt linker Politik war ja immer der Kampf gegen Ungleichheit und gegen Armut. Aber es war auch immer die Parteinahme in dem Interessengegensatz zwischen denen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, und denen, die über großes Kapital, modern gesprochen: Betriebsvermögen, verfügen und dadurch von der Arbeit anderer leben können. Und in diesem Interessengegensatz haben linke Parteien immer Partei genommen, und zwar zugunsten derer, die eben von ihrer Arbeit leben müssen. (...)

Natürlich gibt es auch außenpolitisch eine linke Tradition, und auch außenpolitisch kann man sehr klar und sehr knapp definieren, was die Aufgabe linker Parteien ist. Offensichtlich ist linke Politik nicht, dass man die Kriege des Kapitals um Rohstoffe und Absatzmärkte unterstützt oder dass man die Menschenrechtslügen nachplappert, die immer wieder erfunden wurden, um solche Kriege zu legitimieren. Ich erinnere nur daran, dass ja schon der Erste Weltkrieg angeblich nur dafür von Deutschland vom Zaun gebrochen wurde, weil man den bösen russischen Zaren bekämpfen wollte. Aufgabe linker Politik ist es (...) gerade, die Lügen zu demaskieren und dadurch Menschen und Widerstand gegen diese Kriege zu mobilisieren. Das ist und war immer der Kern linker Politik.

Und natürlich ist es relativ klar, wenn man sich die Realität in Europa ansieht, auch in Deutschland, dass es selbstverständlich seit vielen, vielen Jahren keinerlei Ansatz einer linken Politik gegeben hat, sondern dass das ganze Gegenteil dessen umgesetzt wurde. Wenn man die letzten 15 Jahren Revue passieren lässt, ist natürlich das Gegenteil dessen gemacht worden, was ich eben als Inhalt linker Politik beschrieben habe. Man hat Ausbeutung nicht erschwert, man hat nicht Regeln geschaffen, um denjenigen, die arbeiten und ihre Arbeitskraft verkaufen, die Stellung gegenüber den Kapitaleignern zumindest zu erleichtern, sondern man hat Regeln geschaffen, die Ausbeutung erleichtern. Das ist der Kern der Agenda 2010: Ausbeutung zu erleichtern, weil man diejenigen wehrlos macht, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Dazu gehört, dass man ihnen mit Hartz IV im Sozialbereich den Boden unter den Füßen weggezogen hat, dass es eben keine Absicherung mehr gibt, wenn man seine

Arbeit verliert. Und dazu gehört, dass ein riesiger Niedriglohnsektor installiert wurde, auf den Gerhard Schröder ja heute noch stolz ist. (...) Deswegen ist es natürlich nicht Aufgabe linker Politik, irgendwann dieses Elend mitzuverwalten, sondern linke Politik in Deutschland heißt, dagegen zu kämpfen und immer wieder deutlich zu sagen: Leiharbeit, das ist moderne Sklaverei, und das gehört verboten, genauso wie die anderen prekären Beschäftigungsverhältnisse. (...)

Man kann das auch für die Steuerpolitik durchdeklinieren. Natürlich ist eine Steuerpolitik, die die Kapitaleigentümer entlastet, die sich nicht mehr traut, Vermögenssteuern oder Erbschaftssteuern ernsthaft zu erheben, eine Politik, die auf der falschen Seite steht. Natürlich wäre eine linke Steuerpolitik eine, die endlich auch Vermögenssteuer, Millionärssteuer wieder enttabuisiert. (...) Ich finde, auch das gehört zu linker Politik: zu sagen, wer in diesem Lande was erarbeitet und wer von der Arbeit anderer lebt und dadurch Milliardenvermögen aufhäuft. Eine Vermögenssteuer wäre doch keine Enteignung, sie wäre eine Rückgabe, es würde sich die Allgemeinheit mal wieder zurückholen, was über Jahre auf die Konten der Reichsten gebunkert wurde (...) Natürlich ist mit dem, was ich eben gesagt habe, auch die Frage beantwortet, wer alles in diesem Lande linke Parteien sind und wer nicht (...) Seit der Jahrtausendwende sind die Steuern für die gesenkt worden, die es dicke haben, und erhöht worden für die, die wenig im Portemonnaie haben. Seit der Jahrtausendwende sind die Arbeitnehmer entrechtet worden. Und wenn ich mir angucke, wer seit der Jahrtausendwende mit Ausnahme einer einzigen Legislatur mitregiert hat, dann waren das die Sozialdemokraten, das war die SPD. Und wenn ich diese Bilanz einer solchen Politik habe, dann kann man doch nicht ernsthaft glauben, dass (...) die SPD so, wie sie heute aussieht, ein Partner linker Politik sein kann. Das ist doch ein absurdes Projekt. Ich sage auch offen: Ich finde es bedauerlich, ich würde mir ja wünschen – gerade weil die Situation in Europa so ist, wie sie ist, dass wir die Chance hätten, in Deutschland eine linke Regierung zu bilden, dass wir die Chance hätten, Dinge umzusetzen, die wir jetzt nur in der Opposition fordern können. Aber was man sich wünscht, und was Realität ist, das sind eben zwei verschiedene Dinge. (...) Es tut mir leid, ein Projekt ist doch mehr als ein Zahlen- und Farbenspiel, es muss doch ein inhaltliches Projekt

sein. Und das muss sich manifestieren in linker Politik, und wenn es das nicht tut, dann ist es das eben auch nicht wert, dass man sich dafür einsetzt, oder man würde sich selbst damit kaputt machen. Ich nehme nur ein Beispiel für ganz viele. Herr Gabriel hat also erklärt, die Vermögenssteuer sei »nicht mehr zeitgemäß«. Er hat sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, vielleicht noch irgendein Argument anzufügen. (...) Das ist so, als wenn man irgendwo in einer Landschaft, wo ständig Hochwasser ist und es zu Überschwemmungen kommt, sagen würde: Dämme zu bauen ist nicht mehr zeitgemäß. Das ist einfach absurd in einer Situation, wo wir auf der einen Seite öffentliche Haushalte haben, [angesichts derer die Verwaltungen, jW] nicht mehr wissen, wie sie ihre Aufgaben erfüllen können, und auf der anderen Seite auf den Konten der privaten Millionäre und Multimillionäre immer größere Vermögen (liegen). (...) Das heißt, dass für diesen Herrn Gabriel offenbar nur die Unterwerfung unter die Wünsche derer, die diese großen Vermögen dirigieren, zeitgemäße Politik ist. Da muss ich sagen: Nein, da kommen wir nicht auf einen Nenner, für uns ist das nicht zeitgemäße Politik, sondern feige Politik, und gegen diese Politik wollen wir kämpfen, dafür ist Die Linke gegründet worden. (...)

Jetzt ist gerade wieder gesagt worden, Die Linke müsse doch, schon um die Gefahr eines Rechtstrends in Deutschland zu verhindern, mehr für »Rot-Rot-Grün« werben. (...) Ich finde diese Ansicht merkwürdig. Was hat den Rechtstrend europaweit in erster Linie gestärkt, oder was ist in vielen Ländern vorgefallen, in denen rechte Parteien stark geworden sind? Es ist vorgefallen, dass linke Parteien in Regierungen gegangen sind und keine linke Politik gemacht haben und deswegen sehr, sehr viele Menschen enttäuscht waren – und dann rechten Rattenfängern auf den Leim gegangen sind. Das haben wir in ganz vielen Ländern erlebt. Ich erinnere nur beispielsweise an Italien. Da gab es auch mal eine Partei, die wirklich links war und sehr viele Hoffnungen auf sich zog. Das war damals die Rifondazione. Es hat ein halbes Jahr Regieren gebraucht, um diese Partei quasi dem Erdboden gleichzumachen. Bis heute ist die italienische Linke nicht wieder auf die Beine gekommen. (...) Wenn wir in Deutschland etwas gegen den Rechtstrend, den es ja hier inzwischen auch schon ganz massiv gibt, tun wollen, dann wäre [es] das letzte, dass die Linke in einer Regierung ihre Glaubwürdigkeit verspielt. (...)

Es geht nicht nur um [die] faktische Entdemokratisierung, die gibt es ja im Kapitalismus immer. Sondern es geht darum, tatsächlich das, was an formaler Demokratie in den einzelnen Ländern erkämpft wurde, durch internationale Verträge und übernationale Institutionen so weit einzuschnüren, dass die Politik quasi immunisiert wird gegen Wahlentscheidungen. Also, die Leute können dann wählen, was sie wollen, aber die Politik hat kaum noch eine Chance, etwas anderes durchzusetzen als eine Politik, die den Interessen der Kapitaleigner dient.

Und das ist tatsächlich ein Projekt, das älter ist als die EU. Natürlich, das ist etwas, das hat der Kapitalismus, seit er diese formalen, demokratischen Formen hat. (...) Kapitalismus und Demokratie, das ist keine Liebesheirat, sondern eine Zwangsehe – immer gewesen. Man hat ihm sozusagen Demokratie abgerungen, die demokratischen Institutionen. Und es hat auch etwas damit zu tun, dass Kapitalismus natürlich bedeutet, dass in der Wirtschaft die Rendite das ausschlaggebende Kriterium ist. Und Demokratie bedeutet, dass die Interessen der Mehrheit sich durchsetzen. Ja, wenn die Interessen der Mehrheit sich durchsetzen, oder je mehr sie das tun, desto schlechter ist natürlich die Kapitalrendite. Denn die Mehrheit kriegt keine Kapitalrendite, die Mehrheit steht auf der anderen Seite – also, es passt nicht zusammen. Ein wirklich demokratischer Kapitalismus ist eigentlich einer, der sich aufhebt. (...) Im 19. Jahrhundert [gab es in Europa] noch Stände- und Klassenwahlrecht. Da war sozusagen von der Seite des Kapitalismus die Welt noch heil. (...)

Im 20. Jahrhundert ist natürlich vieles trotzdem erkämpft worden. Da gab es ja auch irgendwann die Einsicht, dass es zumindest eine Sozialbindung des Eigentums geben kann und vieles andere mehr. Das heißt, wir haben dann nach dem Zweiten Weltkrieg in gewisser Hinsicht schon formale Demokratien gehabt, also demokratische Strukturen, allgemeines Wahlrecht und auch Regeln der Politik, die sich ja durchaus in die Wirtschaft eingemischt haben. Und das war die Zeit, als der liberale Fundamentalist August von Hayek anfang, darüber nachzudenken, was man dagegensetzen kann, weil er das Gefühl hatte, das geht schlecht aus. Also, je demokratischer das wird, desto schlechter für die Kapitalrendite – also brauchen wir ein Projekt, das dieses Rad wieder zurückrollt. Und er hat interessanterweise in einem

Aufsatz als Projekt für Europa tatsächlich transnationale europäische Strukturen empfohlen, die es dann schaffen, den einzelnen Ländern bestimmte Rahmen vorzugeben, so dass sie nicht mehr eine Politik machen können, die nicht neoliberal ist. Das ist im Grunde das, was spätestens seit dem Maastricht-Vertrag das europäische, das EU-Projekt, kennzeichnet. (...)

So, wie der Euro konstruiert wurde, war er bewusst konstruiert, Lohndumping in Euro-Europa zu befördern. Das war der Hintergrund und war kein Zufall und kein Nebenprodukt. Und das bedeutet aber natürlich für Europa: Wir haben nicht nur deshalb neoliberale Politik in Europa, weil wir neoliberale Regierungen haben, das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass wir auch deshalb neoliberale Politik haben, weil wir neoliberale Verträge und neoliberale Institutionen etabliert haben, die jetzt auch Regierungen, die eigentlich was anderes wollen, Vorschriften machen können und davon auch weidlich Gebrauch machen. Wir haben es doch alle in Griechenland erlebt. Also, in Griechenland ist ja nun der Beweis erbracht worden, dass man heutzutage für Staatsstreiche keine Panzer mehr braucht, sondern dass es reicht, wenn man Mario Draghi an seiner Seite hat und die Banken. So kann man im Grunde eine Regierung wirklich völlig auflaufen lassen. Und das heißt natürlich auch, und ich finde, darüber müssen wir als Linke diskutieren, wenn wir über die Aufgaben von Linken in Europa und Deutschland diskutieren: Es gibt ohne einen Plan B in Europa derzeit keine linke Politik. Und die Probleme Griechenlands würden sich genauso in Spanien, in Portugal oder in anderen Ländern stellen, weil die Institutionen so geschaffen wurden, um diesen Regierungen alle Möglichkeiten zu nehmen. (...)

Natürlich gibt es sogar noch Schlimmeres als die europäischen Verträge, und das noch Schlimmere, das machen allerdings zur Zeit auch die europäischen Institutionen oder treiben es voran, auch die deutsche Regierung: Das sind sogenannte Freihandelsverträge von der Art TTIP und CETA. Das ist dann natürlich sozusagen die ultimative Verwirklichung des Hayek-Programms, weil das bedeutet, dass die Demokratie gar nichts mehr und die Konzerne alles zu sagen haben. Also, wenn natürlich solche Verträge durchgesetzt werden, dann sind Regierungen völlig die Hände gebunden, weil man

bei jedem sozialen Gesetz und bei jeder Verbesserung beim Umweltschutz oder Verbraucherschutz ja sofort Angst haben muss, dass man verklagt wird und teure Regresszahlungen zu leisten hat. Also selbstverständlich: Wenn man Demokratie verteidigen will, muss man solche Verträge kompromisslos ablehnen, und auch das ist natürlich eine Grundlage linker Politik. Wer das nicht tut, der hat sich schon beerdigt.

Wenn wir glaubwürdig sein wollen, dann müssen wir das in all diesen Punkten tun – wir sollten es auch in den aktuellen Debatten tun, und auch und ganz konkret in den Diskussionen, die es zur Zeit im Rahmen von Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsbewegung gibt. Ich finde, dass es zum einen wichtig ist, dass eine Linke nicht populistisch Stimmungen hinterherläuft. Sie darf aber umgekehrt auch nicht ignorant Probleme wegreden, weil man ihr dann einfach nicht mehr zuhört. Und dass Probleme existieren, ist natürlich nicht Schuld derer, die ihre Heimat verloren haben, weil der Westen überall in diesen Ländern Kriege führt – sondern dass die Probleme existieren, ist Folge dieser Politik. Aber gerade deshalb muss man sie auch benennen. Und ich finde, dass man zum Beispiel Frau Merkel ihre entsprechende Gutmenschen-Tour nicht durchgehen lassen darf. Ich finde es nicht lobenswert, was sie macht, ihr »Wir schaffen das«. Da haben ja dann auch manche Linke gesagt, ja, das ist doch ein guter Zug von ihr, dass sie sich da nicht irgendwie von der CSU oder von anderen vereinnahmen lässt und dann so eine entsprechende Politik macht. Ich finde, das ist im Kontext dessen, was sie real macht, überhaupt kein guter Zug, denn ihr »Wir schaffen das« ist ja in Wirklichkeit ein »Die schaffen das schon«. Weil sie ja überhaupt nicht die Bedingungen [schafft]. Die Bundesländer haben in Deutschland im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen jetzt 17 Milliarden Euro eingestellt. Die Bundesländer – nicht der Bund. Die Bundesländer können aber keine Steuern erheben – also was wird passieren? Sie werden diese 17 Milliarden woanders verkürzen müssen. Und das in einer Situation, wo die Bundesländer sowieso schon in der Situation sind, dass sie viele elementare Dinge nicht mehr finanzieren und viele elementare Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Und genau (...) das ist doch das, was das politische Klima vergiftet, das ist doch das, was den Rechten den Boden bereitet und das, was ihnen die Leute zutreibt. (...) Es ist doch ganz

klar: Die Leute fliehen nicht vor Naturkatastrophen; sie fliehen vor Kriegen, die der Westen wesentlich mitgestaltet und mitinitiiert hat. Sie fliehen aus einer destabilisierten Region, die wir destabilisiert haben, sprich: die westlichen Staaten. Und zwar nicht aus ethischen und Menschenrechtsgründen, sondern weil sie dort strategische Rohstoffinteressen verfolgen und Absatzmärkte gesucht haben. Das ist doch der Hintergrund.

Und an diesen Kriegen war Deutschland direkt oder indirekt in der Regel beteiligt – mindestens als Waffenlieferant. Das heißt, diese Flüchtlinge, die hierher kommen, die fliehen auch vor deutschen Waffen. Wenn einer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, dann ist doch das erste, dass man sagen muss, sofort Schluss mit diesen Waffenexporten! Sofort Schluss mit dem Geschäft mit dem Tod!

Natürlich, es gibt auch Menschen, die fliehen einfach nur vor Armut. Ja, sicher. Aber woher kommt die Armut? Sie hat sich dadurch verstärkt, dass westliche Länder armen Ländern diktieren, dass sie ihre Märkte öffnen müssen und dass sie ihre Märkte zur Beute westlicher Konzerne machen müssen, weil dort natürlich dann die gesamte industrielle Struktur, soweit es überhaupt eine gibt, zusammenbricht. Weil natürlich dann die landwirtschaftliche Produktion zusammenbricht, weil natürlich dann die Leute verelenden. Und wir reden dann arrogant darüber, das seien Wirtschaftsflüchtlinge. (...) Ja, sie fliehen vor einer desolaten Wirtschaft, aber letztlich – es ist unsere Wirtschaft, es sind unsere Konzerne, die sie in die Flucht gezwungen haben.

Als allerletzten Punkt will ich schon noch was zu den Kriegen selbst sagen. Wenn wir eine Regierung hätten, die an die Gründe glauben würde, aus denen sie angeblich Kriege führt, also dann müsste diese Regierung wirklich aus Schwachsinnigen bestehen. Ja, denn sie erzählt ja, sie würde einen Krieg gegen den Terror und gegen Terroristen führen. Also, ich meine, ganz naive Gemüter konnten das vielleicht noch glauben, als die Bundeswehr nach Afghanistan geschickt wurde (...). Das war ja der Anfang der westlichen Antiterrorkriege. Aber inzwischen führen wir doch 15 Jahre Krieg in Afghanistan. Was ist dabei herausgekommen? Herausgekommen ist, dass die Taliban in Afghanistan mehr Rückhalt haben als je zuvor, und dass inzwischen sogar der »IS« anfängt, sich nach Afghanistan aus-

zuweiten. Ein sehr »erfolgreicher« Krieg gegen den Terror. Der nächste Antiterrorkrieg, das war dann der im Irak, wo wir zwar als Deutsche nicht direkt beteiligt waren, aber indirekt sehr wohl. Da wurde auch angeblich der Terrorismus bekämpft, und es wurde außerdem noch ein Diktator beseitigt. Das Ergebnis war, dass der »IS« sich gegründet hat – der ist ja das Produkt dieses Irak-Krieges – und dass er inzwischen den halben Irak beherrscht.

So, und dann hat man den nächsten Antiterrorkrieg – an dem hat sich lobenswerterweise Deutschland damals nicht beteiligt – (...) das war der Krieg in Libyen. Auch da hat man behauptet, man müsse einen unliebsamen Diktator im Interesse der Menschenrechte stürzen – das Ergebnis ist, dass heute auch das halbe Libyen vom »IS« beherrscht wird und er sich immer mehr ausgeweitet hat.

Dann kam eben Syrien. Und auch in Syrien ist die instabile Situation doch nicht von heute auf morgen entstanden, sondern sie ist dadurch entstanden, dass dieses Land gezielt destabilisiert wurde von den USA, aber auch von westlichen Ländern. Das Ergebnis ist: Heute herrscht der »IS« in halb Syrien. Wer also nach dieser Bilanz ernsthaft noch die These vertritt, wir müssten jetzt Tornados und Kriegsschiffe nach Syrien schicken, um den Terrorismus zu bekämpfen, den wir durch alle unsere Kriege immer nur stärker gemacht haben – es tut mir leid, den halte ich für schwachsinnig oder für verlogen. Ich fürchte aber, es ist das zweite. Sie wissen ganz genau, dass sie keinen Krieg gegen den Terror führen. Sie wissen doch ganz genau, dass es um ganz andere Dinge geht. Es ging doch auch nie um Menschenrechte. Was haben wir immer gehört, was das für schlimme Diktatoren sind – Assad, der mit den Foltergefängnissen und den Fassbomben. Also seit wann stören die USA Foltergefängnisse, die haben sie früher selber genutzt. (...) Ich muss auch sagen, seit wann stören die USA Fassbomben, die haben selbst Streubomben eingesetzt in sehr, sehr vielen Kriegen, sie haben Bomben eingesetzt mit Uranmunition. [Sie haben] sogar Chemiewaffen eingesetzt – nämlich damals in Vietnam, wo heute noch die Kinder davon sterben. Diese Macht erzählt uns, sie sei also so übermannt von der Bösartigkeit von jemandem, der Foltergefängnisse betreibt und Fassbomben hat, dass sie dort Krieg führen muss – also so absurd belogen zu werden ist, finde ich, wirklich schon eine Beleidigung der Intelligenz, und

das sollte man auch nicht mehr hinnehmen. Diese Kriege die haben mittlerweile (...) drei Millionen Menschenleben gekostet. Drei Millionen, überwiegend Zivilisten, die getötet wurden in Folge dieser Kriege – und dann wundern wir uns, dass bei der Bevölkerung dort in diesen Ländern der Hass auf den Westen wächst? Da muss man sich doch nicht wundern, das ist doch die logische Konsequenz. Krieg schürt Terror, denn Krieg ist Terror. Deshalb muss ich auch noch mal ganz deutlich sagen: Ja, ich stehe auch zu der Aussage – und ich finde es eigentlich blamabel, dass sich andere darüber aufregen und das noch irgendwie problematisch finden – selbstverständlich ist das kein geringeres Verbrechen, mit Bomben in Syrien Menschen zu töten oder mit Drohnen in Afghanistan und in Pakistan Zivilisten zu ermorden, es ist kein geringeres Verbrechen, als in Paris herumzuschießen in irgendwelchen Restaurants und Konzertsälen. Es sind beides furchtbare Verbrechen und beides ist Mord, und es gibt nicht Tote unterschiedlicher Klassen.

Im übrigen ist natürlich auch auffällig, wo der Terrorismus stört, und wo der islamische Terrorismus gar nicht stört. Es gibt ja einige Terrorpaten, mit denen wir so wunderbar zusammenarbeiten, nach Riad zum Beispiel, zu den Saudis, da werden nicht Bomben geliefert. Und wenn, dann sind sie schön verpackt, nämlich als Waffenexporte, aber mit Sicherheit fallen sie nicht vom Himmel. Oder Erdogan, der einen blutigen Krieg gegen die Kurden, gegen seine eigene Bevölkerung und den Rest von Demokratie in seinem Lande führt. Was machen wir dann? Da führen wir auch nicht plötzlich Krieg gegen Erdogan, sondern bieten ihm drei Milliarden an, damit er (...) in der eigenen Bevölkerung als der große Held dasteht. Was ist das für eine unsägliche und verlogene Politik? Nein es geht hier nicht um Terror, und es geht auch nicht um Diktatoren. Es geht um Pipelinerouten, es geht um wirtschaftliche Interessen, und deswegen möchte ich noch mal ganz, ganz klar sagen: Ja, ich finde, wenn wir über die Aufgaben von Linken reden, dann ist das Nein zum Krieg einer der ganz elementaren Grundsätze, die eine Linke immer berücksichtigen muss. Es gibt keine Menschenrechtskriege, denn Krieg ist das größte Menschenrechtsverbrechen. Und das ist auch die wichtigste Aufgabe, das immer wieder deutlich zu machen und auszusprechen!

Sahra Wagenknecht / Videomitschnitt: <http://kurzlink.de/rlk16-wagenknecht>

**Stellungnahme der PdA Schweiz zur  
Abstimmung vom 28. Februar 2016**

## **Sieg gegen die SVP**

Mit grosser Freude und Erleichterung nimmt die Partei der Arbeit der Schweiz (PdA) die Ablehnung der fremdenfeindlichen Durchsetzungsinitiative der SVP zur Kenntnis. Die Annahme hätte den Rechtsstaat für Alle begraben und Regelungen eingeführt, die beängstigende Parallelen zum ehemaligen Apartheidregime in Südafrika gehabt hätten. Besonders erfreulich und ermutigend ist, dass sich breite Teile der Zivilgesellschaft erfolgreich dem Vorhaben der rechtspopulistischen SVP widersetzt haben. Jedoch ist der hohe Anteil an Ja-Stimmen äusserst beunruhigend. Auch ist klar, dass die SVP noch lange nicht am Ziel ihrer Abschottungspolitik ist. Der nächste Angriff auf die Rechte und die Menschenwürde der «AusländerInnen» ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Die PdA ruft daher alle fortschrittlichen Kräfte auf, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Schweiz, in Europa und weltweit mit allen demokratischen Mitteln zur Wehr zu setzen!

Weiter hält die PdA erneut fest, dass die Ursache der Kriminalität keine angeborene Eigenschaft ist, welche einige Menschen oder einige Nationalitäten von Natur aus besitzen. Die steigende Anzahl der fremdenfeindlichen Initiativen der SVP haben zum Ziel, die politischen Diskussionen auf ein Nebengeleis zu lenken und die Öffentlichkeit entsprechend zu prägen; anstatt über den Kahlschlag im Sozial- oder Bildungsbereich oder die Unternehmenssteuerreform III öffentlich zu diskutieren, soll über die «bösen AusländerInnen» gewettert werden. Wo die SVP enthusiastisch die Statistiken des Ausländeranteils an Straftaten präsentiert, heben wir die sozio-ökonomischen Hintergründe der StraftäterInnen in den Vordergrund: Armut und Ungleichheit sind die Folgen der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben – seien dies Menschen mit oder ohne Schweizer Pass, die in der Schweiz geboren sind oder nicht. Der Zusammenhang zwischen der Form von Kriminalität und den sozialen Schichten ist unverkennbar!

mehr zu den Abstimmungen auf [www.pda.ch](http://www.pda.ch)

Partei der Arbeit Schweiz

## **KIENTAL 1916 GESCHICHTE, GEGENWART, PERSPEKTIVEN**

**100 JAHRE KIENTALKONFERENZ**

**30. April 2016 ab 9:30 bis 16 Uhr im  
Konferenzzentrum «Egghölzli» der Ge-  
werkschaft Unia, Weltpoststr. 20, Bern**

### **WEITERE VERANSTALTUNGEN:**

#### **OSTERMARSCH IN BERN**

**Ostermontag, 28. März, 2016**

Unter dem Motto «Entrüstung für den Frieden – Geflüchtete willkommen heissen» protestieren wir gegen den «War on Terror», der Millionen Menschen in die Flucht zwingt. Mit dem Export von Kriegsmaterial und den Investitionen von Banken, Versicherungen und Pensionskassen in Kriegsmaterialkonzerne ist die Schweiz Teil der Kriegsmaschinerie. Anstelle dieser Kriegspolitik muss die Schweiz endlich ziviles Friedenshandwerk verbreiten.

Auftakt um 13 Uhr im Eichholz  
Schlusskundgebung 14:30 Uhr auf dem Münsterplatz. mehr auf [ostermarschbern.ch](http://ostermarschbern.ch)

#### **VSC – Sektion Bern**

Dokumentarfilmreihe zur Situation in Kuba und das Verhältnis zur USA

#### **ALL POWER TO THE PEOPLE**

von Lee Lew-Lee über den Umgang mit verschiedenen Rassen in den USA

**18. April 2016 ab 19:30 Uhr im Politforum  
des Käfigturms Bern**

#### **Impressum:**

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern  
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern  
[www.pdabern.ch](http://www.pdabern.ch) / [mail@pdabern.ch](mailto:mail@pdabern.ch)  
Kontonummer 30-26786-9